
Niederschrift

über die **19. Sitzung des Rates der Stadt** am Dienstag, **17. März 2009, 16.00 Uhr**, im **Saal des Bürgerhauses**, Schloßmacherstraße

Anwesend:	Dr. J. Korsten	Bürgermeister
	S. Augst-Hedderich	
	I. Bartholomäus	
	U. Brand	
	D. Busch	
	M. Dummer	
	R. Ebbinghaus	
	J. Eifer	
	H. Enneper	
	K.-H. Fischer	
	R. Greif	
	M. Grüterich	
	K. Haselhoff	
	U. Hebrock	
	E. Huckenbeck	
	O. Jung	
	T. Klee	
	R. Kötter	
	T. Lorenz	
	D. Lunderstädt	
	A. Müller	
	H. Nahrgang	
	U. Nickel	
	W. Nowara	
	Dr. J. Rieger	
	B. Rüggeberg	
	R. Schäfer	
	S. Schlüter	
	R. Schulte	
	D. Stark	
	K. Steinmüller	
	G. Uellenberg	
	A. Verhees	
	Dr. J. Weber	
	A. Widua	
	L. Witasek	
Von der Verwaltung:	R. Meskendahl	
	U. Butz	
	J. Gottlieb	
	G. Fenske	
	F. Nipken	
	R. Voß	
	V. Bornwasser	Schriftführerin
Es fehlt entschuldigt:	A. Schröder	

Tagesordnung (geändert)
(Öffentlicher Teil):

1. Niederschrift über die 18. Sitzung des Rates der Stadt vom 16.12.2008 und Niederschrift über Sondersitzung des Rates vom 18.11.2008
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Schluss mit Wahltricksereien – für eine gemeinsame Kommunalwahl und Bundestags-Wahl am 27. September 2009
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2009
5. Bericht zum Stand der Baumaßnahmen im Freizeitcenter „Life-ness“ / Darstellung der voraussichtlichen Veränderungen im Wirtschaftsplan 2009
Antrag des Herrn Rolf Ebbinghaus vom 03.03.2009
6. Berichterstattung über den Stand der Insolvenzabwicklung der GWG
Antrag des Herrn Rolf Ebbinghaus vom 03.03.2009
7. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Bäder GmbH
8. Besetzung von Ausschüssen und Gremien
9. Benennung des/der Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Stadtwerke Radevormwald mbH
10. Neufassung der Satzung zur vorgezogenen Dichtheitsprüfung im Einzugsbereich des Ülfesammlers
11. 6. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes Gemeinsame kommunale Datenverarbeitung Rhein-Sieg / Oberberg (GKD)
12. Elternbeitragstabelle nach § 23 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)
13. Konjunkturpaket II
14. Jahresabschluss 2008
 - a) Instandhaltungsrückstellungen
 - b) Ermächtigungsübertragungen für Auszahlungen für Investitionen
15. Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007
16. Haushaltssatzung 2009; Haushaltssicherungskonzept 2009 – 2012
17. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
18. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil):

19. Niederschrift über die 18. Sitzung des Rates der Stadt vom 16.12.2008 und Niederschrift über die Sonderratsitzung vom 18.11.2008 (nichtöffentlicher Teil)
20. Wahl des Wehrführers und seiner zwei Stellvertreter
21. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO
22. Mitteilungen und Fragen
 - Finanzieller Jahresbericht 2008 zum Betrieb der Altentagesstätte durch die Ökumenische Initiative
Antrag der SPD-Fraktion vom 11.03.2009
 - Fragestellung zur Entwicklungsmaßnahme Nordstadt III
Antrag von Herrn Ebbinghaus vom 15.03.2009

- - - - -

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er gibt bekannt, dass der von Herrn Ebbinghaus nachgereichte Antrag (Tischvorlage) bezüglich der Entwicklungsmaßnahme Nordstadt III unter TOP 22 im nichtöffentlichen Teil behandelt werden soll. Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus, warum hier nicht im öffentlichen Teil Aussagen getroffen werden können, erklärt Frau Gottlieb, dass es sich bei dieser Angelegenheit um ein schwebendes Verfahren handelt und man zur Rechtswahrung nur im nichtöffentlichen Teil berichten kann.

Bevor über den Punkt Genehmigung der Niederschrift gesprochen wird, bittet Herr Ebbinghaus, hier auch gleichzeitig über die Sonder-Sitzung des Rates vom 18.11.2008 abzustimmen, da diese in der 18.Sitzung noch nicht vorlag und nicht zur Kenntnis genommen bzw. genehmigt wurde.

1. Niederschrift über die 18. Sitzung des Rates der Stadt vom 16.12.2008 sowie über die Sondersitzung des Rates der Stadt vom 18.11.2008

Herr Ebbinghaus vermisst in der Niederschrift der Sondersitzung einen Vermerk darüber, dass Herr Rüggeberg ihm zum Punkt „Life-ness“ vorgeworfen hat, gegen den Gläubigerschutz zu verstoßen. Er bittet, diese Anmerkung hier zu protokollieren.

Der Bürgermeister stellt richtig, dass irrtümlich in der Niederschrift über die 18. Sitzung des Rates ein Verdreher im Abstimmungsergebnis bei TOP 7 aufgetreten ist. Das Abstimmungsverfahren muss richtig heißen:

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme (fraktionslos)
24 Nein-Stimmen (15 CDU, 5 UWG, 3 FDP, 1 Bürgerm.)

Unter TOP 19 ist bei der Besetzung von Ausschüssen zu korrigieren, dass seitens der CDU-Fraktion Frau Irmgard Lunderstädt Vertreterin für den sachk. Bürger Hans Römmler (AUSV) und Jörg Konrad Unkrig Vertreter für den sachk. Bürger Gerhard Vörtl ist.

Sodann nimmt der Rat der Stadt die Niederschrift über die 18. Sitzung des Rates der Stadt vom 16.12.2008 sowie die Niederschrift über die Sondersitzung des Rates der Stadt vom 18.11.2008 zur Kenntnis.

2. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister richtet die an ihn und den Rat der Stadt eingegangenen Weihnachts- und Neujahrsgrüße der Bürgermeister aus den Partnerstädten Châteaubriant und Novy Targ aus.

3. Einwohnerefragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. Schluss mit Wahltrickserien – für eine gemeinsame Kommunalwahl und Bundestagswahl am 27. September 2009 Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2009

Herr Stark erläutert den Fraktionsantrag ausführlich und geht auf die Notwendigkeit ein, von mehreren Wahlterminen aufgrund der Kosten, die in Millionenhöhe liegen, Abstand zu nehmen. Damit wird der Bund der Steuerzahler unterstützt, der die Landesregierung aufgefordert hat, die Kommunalwahl mit der Bundestagswahl zusammenzulegen. Inzwischen ist sogar von einem Volksbegehren die Rede. Nach Berechnungen sollen sich die Kosten für zusätzliche Wahltermine auf ca. 42 Mio € belaufen. Er geht weiter auf Gerichtsurteile und Entscheidungen des Innenministers ein, den Kommunalwahltermin auf den 30.08.2009 zu legen. Für einen demokratischen Rechtsstaat ist es auf Dauer problematisch, wenn Gerichte Gesetze als verfassungswidrig feststellen müssen. Es ist zu berücksichtigen, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung der Auffassung ist, dass die Kosten für eine eigenständige Kommunalwahl nicht zu tragen sind. Er hofft, dass sich der Rat mit einem deutlichen Votum an die Regierung wendet.

Nach Ansicht von Herrn Haselhoff ist dies eine Entscheidung der Landesregierung. Es macht auch für seine Fraktion Sinn, Geld einzusparen und die Wahltermine an einem Tag stattfinden zu lassen. Dagegen spricht allerdings bei einer Zusammenlegung die Vielzahl von Wahlzetteln. Es ergibt sich möglicherweise dadurch ein heilloses Durcheinander. Die UWG-Fraktion fordert die Landesregierung nicht zu einer Änderung auf, sondern rät dazu. Sie wird dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen.

Nach Ansicht von Herrn Rüggeberg sind unabhängige Wahlen eindeutig, was bei einer Zusammenfassung von mehreren Wahlen nicht immer der Fall ist. Die Verwaltung hat berechnet, dass bei einem zusätzlichen Kommunalwahltermin ca. 11.000 € auf die Stadt zukommen, was in der Wahlperiode pro Jahr ca. 2.000 € wären. Dieser Betrag wird als vertretbar angesehen.

Zum schwebenden Verfahren teilt Herr Ebbinghaus mit, dass es auch ein politisches Verfahren ist. Dass hier von politischer Verdrossenheit geredet wird, hat für ihn auch damit zu tun, dass Politik nur unter taktischen Aspekten betrieben wird. Für seine Fraktion sieht es auch bei einer Wahlbeteiligung von 81 % so aus, dass Nachteile für kleinere Wählergruppen bestehen, insbesondere für die Alternative Liste, die bundesweit nicht bekannt ist. Unter rein wahltaktischen Gesichtspunkten gibt es viele Gründe, dass der 27.09.2009 nicht als gemeinsamer Wahltermin stattfinden sollte. Im Landesverfassungsgesetz ist festgelegt, dass Termine so gewählt sein sollten, dass eine möglichst große Anzahl von Bürgern an der Wahl teilnehmen kann oder teil nimmt.

Auf Antrag der SPD-Fraktion, fordert der Rat die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, die in diesem Jahr anstehenden Kommunalwahlen gemeinsam mit der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009 durchzuführen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Forderung des Rates dem Ministerpräsidenten, dem Landtag und den kommunalen Spitzenverbänden bekannt zu geben.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen (12 SPD, 1 UWG, 1 fraktionslos, 1 BM)
21 Nein-Stimmen (15 CDU, 4 UWG, 2 FDP)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

5. Bericht zum Stand der Baumaßnahmen im Freizeitcenter Life-ness“ / Darstellung der voraussichtlichen Veränderungen im Wirtschaftsplan 2009 Antrag des Herrn Rolf Ebbinghaus vom 03.03.2009

Herr Ebbinghaus erläutert seinen Antrag. Er ist davon ausgegangen, dass in den Sitzungen des Rates unaufgefordert über den Sachstand im „Life-ness“ berichtet wird.

Herr Meskendahl gibt Herr Ebbinghaus Recht, teilt jedoch mit, dass der Aufsichtsrat in seinen Sitzungen immer informiert wird. Es ist augenblicklich schwierig, konkrete Aussagen zu treffen, da es noch Probleme gibt festzustellen, welche Firmen mit welchen Aufgaben betraut waren bzw. sind. Es ist natürlich beabsichtigt, den Bau schnellstmöglich fertig zu stellen. Ein Fertigstellungs- bzw. Einweihungstermin wurde noch nicht festgelegt. Es wurde ein Bausachverständiger bestellt, der nun prüfen muss, was hätte gemacht werden müssen und was tatsächlich gemacht wurde. Beabsichtigt ist, das Bauvorhaben aus Gründen der Gewährleistung mit den Firmen fortzusetzen, die mit den Arbeiten angefangen haben. Die Firmen wurden von den Baustellen abgezogen, weil für geleistete Arbeiten keine Rechnungen bezahlt wurden. Die Probleme des Brandschutzes sind inzwischen ausgestanden. Für die nächste Woche wird ein fortgeschriebener Bauzeitenplan erwartet. Wichtig ist, dass man sich innerhalb der 2 Mio € Mehrkosten bewegt. Der Rat hat zwar vorsichtshalber eine weitere Aufstockung von 500.000 € genehmigt, er geht jedoch davon aus, dass man diese Summe nicht brauchen wird.

Herrn Ebbinghaus sind diese Aussagen zu unklar. Das damalige Bürgerbegehren hatte in seiner Begründung dargelegt, dass man mit 3 Mio € das Bad nicht umbauen und erneuern kann. Ihm fehlt im Vortrag von Herrn Meskendahl, dass sich in Sachen Geschäftsführung etwas verändert hat, da ja wohl der Bad- oder Centermanager entlassen wurde. Er möchte gerne etwas zur neuen Organisationsstruktur erfahren.

Herr Meskendahl bestätigt, dass der bisherige Centermanager nicht mehr bei der Bäder GmbH beschäftigt ist. Seine Aufgaben werden mit den Aufgaben der Geschäftsführung zusammengelegt.

Die Fragen von Herrn Dr. Rieger bezüglich der Nutzung anderer Wasserflächen bis zur Eröffnung des Life-ness beantwortet Herr Meskendahl dahingehend, dass die bisherige Nutzung im Sport- und Seminarcenter (SSC) wie bisher erhalten bleiben kann, auch in den Osterferien.

Auf die Frage von Herrn Ebbinghaus, welcher Mitteleinsatz für 2009 von der Geschäftsführung geplant bzw. zu erreichen ist, erwidert Herr Meskendahl, dass seine Aufgabe zunächst darin besteht, das Lifeness zur Eröffnung zu bringen und man sich möglichst im Rahmen der 2 Mio € - Grenze bewegt. Klar ist, dass das Jahr 2009 mit einem

großen Fehlbetrag abschließen wird. Der aufzustellende Wirtschaftsplan für 2009 wird aus vernünftigem Zahlenmaterial bestehen, das auf dem Plan von 2008 aufgebaut werden kann.

Auf Fragen von Herrn Müller bezüglich der Nutzung des alten Brunnens teilt Herr Meskendahl mit, dass er Erkundigungen einziehen wird, ob und inwieweit dieser genutzt werden kann. Zu anstehenden Dachsanierungsarbeiten berichtet er, dass inzwischen eine Ausschreibung erstellt und an insgesamt sieben Dachdeckerbetriebe versendet wurde.

6. Berichterstattung über den Stand der Insolvenzabwicklung der GWG **Antrag des Herrn Rolf Ebbinghaus vom 03.03.2009**

Herr Ebbinghaus erläutert seinen Antrag und geht auf die politische Verpflichtung in dieser Angelegenheit ein. Alle Fraktionen und ein Mitglied der Verwaltung waren im Aufsichtsrat der GWG, jedoch vermisst er nun deren Hilfe.

Hierzu stellt der Bürgermeister klar, dass er nie in den Gremien der GWG vertreten war, auch kein anderer Verwaltungsvertreter. Herr Meskendahl war lediglich als Privatperson im letzten Aufsichtsrat der GWG tätig. In der Sache selber hat er mit dem Insolvenzverwalter gerade vor dieser Ratssitzung Kontakt gehabt. Er sieht wenig Möglichkeiten, dass die Stadt Radevormwald sich hier in ein laufendes Verfahren begibt. Wenn sich Lösungen abzeichnen, muss geprüft werden, ob die Stadt es sich leisten kann und sie berechtigt ist, hier tätig zu werden. Die Stadt ist natürlich in einer Verpflichtung, jedoch nur beratend. Er selbst hat den Eindruck gewonnen, dass sich die Sache ruhiger und geordneter abwickelt, als anfangs befürchtet wurde. Am 12.02.2009 fand eine Gläubigerversammlung statt, bei der Forderungen angemeldet wurden. Die Verwaltung hat deutlich gemacht, welche Ansprüche bestehen. Für die Mieter hat sich seit der Insolvenz nichts verändert. Die Mitarbeiter der GWG sind weitestgehend geblieben, nicht die Geschäftsführer. Die Immobilien der Genossenschaft werden weiter geführt wie bisher, sollen jedoch veräußert werden, und zwar möglichst als Gesamtkomplex. Ob das realisiert werden kann, ist ungewiss. Es wurde ein Makler beauftragt. Ein Gutachten über den Verkehrswert der GWG liegt vor. Danach liegt der Verkehrswert zwischen 26 und 30 Mio €. Es ist nicht absehbar, wann es zu diesem Verkauf kommen wird. Es gibt bisher auch keine Namen über mögliche Investoren. Der Bürgermeister glaubt, dass der Insolvenzverwalter in der Angelegenheit vernünftig vorgegangen ist und ein Verfahren gewählt hat, das auf eine gewisse Akzeptanz gestoßen ist.

Die Frage von Herrn Enneper, welcher Verlust die Stadt bei Konkurs trifft, beantwortet der Bürgermeister dahingehend, dass die Stadt Forderungen in Höhe von 622.000 € angemeldet hat. 53.000 € wird man sicherlich bekommen, da es sich um Grundbesitzabgaben handelt. Darüber hinaus bestehen Darlehnsforderungen aus Weitergabedarlehen sowie Gewerbesteuerzahlungen. Die Insolvenzverwaltung kann jetzt noch nicht sagen, inwieweit eine Zahlung aus den Verkaufserlösen geleistet werden kann. Sowohl Darlehen als auch Gewerbesteuerzahlungen könnten komplett ausfallen.

7. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Bäder GmbH

Hierzu trägt der Bürgermeister vor.

Herr Ebbinghaus moniert, dass von Herrn Meskendahl keine Aussagen über den stillgelegten Brunnen gemacht werden können. Der Fehler, Geschäftsführung der Stadtwerke und der Bäder GmbH zusammenzulegen, ist 2004 passiert.

Von 2004 bis 2009 hat die Politik eine bewusste Verschlechterung der Bäder GmbH zur Kenntnis genommen. Es war nicht sinnvoll, das Wasser der SWR an die Bäder GmbH zu verkaufen. Daher hat er im November 2008 schon den Antrag gestellt, die Organisationen wieder voneinander zu trennen. Herr Ebbinghaus verliest seine in der Sonder-Sitzung am 18.11.2008 gestellten Anträge nochmals und bittet um deren Abstimmung, auch wenn die unverzügliche Kündigung des Geschäftsführers umgesetzt wurde.

Der Bürgermeister bittet, über den eigentlichen Tagesordnungspunkt abzustimmen. Dieser Punkt war im Hauptausschuss unstrittig und dürfte sich mit den Aussagen von Herrn Ebbinghaus decken. Die Reihenfolge sollte eingehalten werden.

Der Rat der Stadt beschließt, im Gesellschaftsvertrag der Bäder Radevormwald GmbH § 9 (3) letzter Satz und § 9 (4) ersatzlos zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 5 UWG, 2 FDP, 1 BM)
1 Nein-Stimme (fraktionslos)

Sodann werden über die beiden Anträge von Herrn Ebbinghaus abgestimmt.

1. Der Rat der Stadt beauftragt den Bürgermeister, alle notwendigen Schritte einzuleiten, damit die 2004 gebildete Organschaft zwischen der Stadtwerke Radevormwald GmbH und der Bäder GmbH gelöst werden kann.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme (fraktionslos)
35 Nein-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 5 UWG, 2 FDP, 1 BM)

2. Der Rat der Stadt beauftragt den Aufsichtsrat der Bäder GmbH, den Geschäftsführer der Bäder GmbH zur unverzüglichen Kündigung des Betriebsführungsvertrages mit den Stadtwerken GmbH zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme (fraktionslos)
35 Nein-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 5 UWG, 2 FDP, 1 BM)

-Die Anträge sind damit abgelehnt-

8. Besetzung von Ausschüssen und Gremien

a) Auf Antrag der UWG-Fraktion vom 17.03.2009 beschließt der Rat der Stadt folgende Umbesetzung in Ausschüssen:

Bauausschuss:	Armin Barg Fritz Uellenberg als Stellvertreter für Sebastian Hetzel	Bisher: Fritz Uellenberg
Ausschuss Soziales, Sport, Tourismus	Armin Barg als Stellvertreter	
Ausschuss Schule u. Kultur	Marina Müller	Bisher: Stefan Prahl

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b) Der Rat der Stadt beschließt, im Jugendhilfeausschuss seitens der Katholischen Kirchengemeinde folgende Änderung eines stimmberechtigten Mitgliedes vorzunehmen:

Frau Alena Kalkuhl wird Vertreterin für Herrn Georg Kalkum (bisher Benjamin Kalkum).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

c) Auf Antrag der SPD-Fraktion vom 16.03.2009 beschließt der Rat der Stadt folgende Umbesetzung bzw. Änderung in Ausschüssen:

Bauausschuss:	Neu: Jan Klee	Bisher: Thomas Klee
Aus. Schule u. Kultur	Neu: Heide Nahrgang	Bisher: Arnold Müller
Auss.Eigenbetriebe u. Beteiligungen:	Neu: Dietmar Stark Arnold Müller Dr. Jörg Rieger	Bisher: Ulla Hebrock Heide Nahrgang Halil Calik
Streichen:	Sachk. Bürgerin Rotraut Voß	
Auss. Umwelt, Stadt- entw. Verkehr	Neu: Muammer Er Vertreter Neu: Halil Calik	Bisher: Gunda Schaub Bisher: Markus Schnadt
Aufsichtsrat Stadtwerke	Neu: Gunda Schaub	Bisher: Dietmar Stark
Aufsichtsrat Bäder	Neu: Ulla Hebrock Persönl. Vertretung für H. Klee: Neu: Ludwig Witasek	Bisher: Dietmar Stark Bisher: Ulla Hebrock

- Da Frau Hebrock Vorsitzende des Ausschusses für Eigenbetriebe und Beteiligungen war, bittet der Bürgermeister um Mitteilung, wer den Vorsitz zukünftig übernimmt. Von Seiten der SPD-Fraktion wird Herr Stark benannt. -

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Benennung des/der Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Stadtwerke Radevormwald mbH

Herr Stark teilt mit, dass die SPD-Fraktion bisher das Vorschlagsrecht ausgeübt hat, man jedoch aufgrund der bekannten Vorkommnisse keinen Gebrauch davon machen will. Dieses Vorschlagsrecht wird der CDU als größter Ratsfraktion überlassen.

Von Seiten der CDU-Fraktion wird laut Herrn Dr. Weber auf dieses Vorschlagsrecht verzichtet.

Der Bürgermeister erklärt, wenn keine Vorschläge eingereicht werden, kann über diesen Tagesordnungspunkt nicht abgestimmt werden.

Nach Aussage von Herrn Stark, der annimmt, dass die CDU-Fraktion keinen Kandidaten hat, der diese große Aufgabe als Vorsitzender des Aufsichtsrates wahrnehmen will, ist die Stadt verpflichtet, unverzüglich einen Vorsitzenden einzusetzen, wenn jemand aus diesem Gremium ausscheidet. Das Vorschlagsrecht ist nicht bindend oder verpflichtend. Sollte die CDU-Fraktion jedoch keinen geeigneten Kandidaten benennen, wird die SPD-Fraktion eine

Sondersitzung des Rates beantragen, die Kosten hierfür hat die CDU zu verantworten.

Der Bürgermeister stellt fest, dass es keinen Vorschlag gibt. Er bedauert dies, wird jedoch den Stadtwerken mitteilen, dass der Tagesordnungspunkt in der nächsten Aufsichtsratsitzung nicht abgehandelt werden kann, da die Stadt gemäß § 10 ihren Pflichten nicht nachkommt.

10. Neufassung der Satzung zur vorgezogenen Dichtheitsprüfung im Einzugsbereich des Ülfesammlers

Herr Ebbinghaus gibt bekannt, dass es bereits im März 2008 kontroverse Diskussionen mit dem Tiefbauamt über diese Satzung gegeben hat. Seine Einwände sieht er auch heute nicht berücksichtigt, daher lehnt er die geänderte Fassung ab.

Auf Frage von Herrn Haselhoff nach Befangenheit zu diesem Punkt nimmt Frau Brand an der Diskussion und Abstimmung nicht teil.

Der Rat der Stadt beschließt aufgrund der Empfehlung des Bauausschusses die Neufassung der Satzung der Stadt Radevormwald zur vorgezogenen Dichtheitsprüfung im Einzugsbereich des Uelfesammlers in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 4 UWG, 2 FDP, 1 BM)
1 Nein-Stimme (fraktionslos)

11. 6. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes Gemeinsame kommunale Datenverarbeitung Rhein-Sieg / Oberberg (GKD)

Herr Ebbinghaus möchte wissen, ob es heute um eine Abstimmung oder nur um eine Kenntnisnahme geht.

Herr Voß berichtet verwaltungsseitig, dass es grundsätzlich Sache des Zweckverbandes ist, in dieser Angelegenheit zu entscheiden. Die Aufsichtsbehörde sehe es gerne, wenn die entsprechenden Räte die Änderung zur Kenntnis nehmen. Es wurde nicht um Zustimmung gebeten. Die Verbandsversammlung der GKD hat ihre Zustimmung bereits erteilt.

Herr Ebbinghaus nimmt die Änderungssatzung zur Kenntnis, ist jedoch der Ansicht, dass sich die Stadt Radevormwald neu orientieren sollte.

Der Rat der Stadt nimmt die 6. Satzungsänderung des Zweckverbandes Gemeinsame kommunale Datenverarbeitung Rhein-Sieg / Oberberg (GKD) einstimmig zur Kenntnis.

12. Elternbeitragstabelle nach § 23 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kibiz)

Der Bürgermeister berichtet kurz aus dem Jugendhilfeausschuss. Von der Bezirksregierung ist bisher noch keine Stellungnahme eingegangen. Man sollte die Vorlage beschließen, obwohl sie erst bei Genehmigung umgesetzt werden kann.

Laut Herrn Ebbinghaus hält die Alternative Liste das grundsätzliche politische Verfahren für falsch. Juristisch ist zwar nichts anderes möglich, er macht jedoch deutlich, dass man nicht für dieses Gesetz eintritt. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Bürgermeister ist grundsätzlich der Ansicht, dass die Stadt eigentlich überhaupt keinen Kindergartenbeitrag erheben sollte. Jedoch wird die Belastung der Eltern um 130.000 € gesenkt.

Der Rat der Stadt beschließt vorbehaltlich der Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde, die vorgelegte Elternbeitragstabelle mit Gültigkeit zum 01.01.2008.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 5 UWG, 2 FDP, 1 BM)
1 Nein-Stimme (fraktionslos)

13. Konjunkturpaket II

Dr. Korsten trägt hierzu vor und geht auf die Vorlage ein. Laut Städte- und Gemeindebund dürfen keine Maßnahmen gefördert werden, die im Haushalt veranschlagt sind.

Sollte die angesprochene Turnhalle Wupper gefördert werden, muss der eingestellte Betrag im Haushalt 2010 entfernt werden.

Der Rat der Stadt hat in der letzten Sitzung mehrheitlich die energetische Sanierung der GGS Blumenstraße beschlossen. Diese Sanierung ist nicht im Haushalt aufgenommen. Der bestehende Ratsbeschluss sollte außerhalb des Haushaltes über das Konjunkturpaket finanziert und hierüber heute beschlossen werden. Bei der Turnhalle Wupper besteht jedoch eine Einschränkung, da der Antrag auf energetische Sanierung im letzten Jahr nicht genehmigt wurde. Man geht jedoch davon aus, dass in einigen Wochen die Entscheidung vorliegt, ob man in diesem Jahr in die Förderung kommt. Sollte dies erreicht werden, könnte das Fördergeld eingesetzt werden und die Restfinanzierung außerplanmäßig erfolgen.

Herr Dr. Weber geht auf die Wichtigkeit der Sanierung der Turnhalle ein. Er äußert jedoch seine Bedenken bezüglich des Haushaltsbegleitantrages der CDU, der dem Konjunkturpaket entgegensteht. Die im Haushalt detailliert dargestellten Baumaßnahmen fallen aus dem Haushaltspaket heraus. Die Turnhalle wurde schon mehrmals im Haushalt eingestellt. Er bittet hier um nähere Erläuterungen.

Herr Dr. Korsten erläutert nochmals ausführlich und erklärt, dass über den Begriff „Zusätzlichkeiten“ noch keine genauen Angaben gemacht werden können. Ihm ist nicht bekannt, dass Projekte, die bereits im Haushalt waren, ausgeschlossen werden.

Zum energetischen Sanierungsprojekt GGS Blumenstraße möchte Herr Dr. Weber wissen, ob mit 520.000 € das Gebäude dann so hergerichtet werden kann, dass für die nächsten Jahre keine Renovierungskosten mehr anfallen.

Frau Gottlieb teilt mit, dass mit dieser Summe der Ratsbeschluss aus der letzten Sitzung umgesetzt werden kann. Dort wurde ein Betrag in Höhe von 450.000 € angesetzt; dazu kommen Planungskosten, so dass der Betrag für die Renovierung – wie beschlossen – ausreicht.

Diese Auskunft reicht Herrn Dr. Weber nicht, da er eine Aussage über evtl. weitere Investitionen haben möchte.

Hier bezieht sich Frau Gottlieb auf Aussagen aus dem Jahre 2003, nach denen die notwendigsten Maßnahmen aufgelistet wurden. Es wären sicherlich noch weitere Investitionen erforderlich, worauf sie jetzt nicht näher eingehen kann.

Die CDU-Fraktion beantragt getrennte Abstimmungen.

Zur Sanierung der Turnhalle Wupper handelt es sich lt. Herrn Ebbinghaus um eine unklare Situation. Würde man dem CDU-Antrag zustimmen, stünde die Halle im Haushalt. Wie diese Finanzierung erfolgen soll, müsste noch geklärt werden. Das würde jedoch gleichzeitig bedeuten, dass die Finanzierung aus dem Konjunkturpaket nicht möglich ist. Die Aussage der CDU-Fraktion, dass eine Abstimmung zum Konjunkturpaket heute nicht möglich ist, falls noch andere Sanierungskosten auf die Stadt zukommen, ist für ihn nicht nachvollziehbar.

Herr Rüggeberg geht auf die bisherigen Aussagen ein und ist der Ansicht, man sollte an ein solches Thema objektiv herangehen. Andere Projekte werden auf Jahre verschoben. Es sollte doch Sinn machen, schulische Sanierungen, die mit 1,5 Mio € möglich sind, vorzuziehen, auch wenn sie für 2010 erst vorgesehen sind. Die FDP-Fraktion plädiert, dass die im Haushalt für 2010 ff. veranschlagten schulischen- und infrastrukturellen Maßnahmen vorzeitig in Angriff genommen werden.

In diesem Zusammenhang teilt Dr. Korsten mit, dass an die Verwaltung etliche Schreiben gerichtet waren, alle mit dem Ziel, beim Konjunkturpaket berücksichtigt zu werden.

Herr Widua greift auf TOP 15 vor, in dem bei der Eröffnungsbilanz klar wird, dass das vorhandene Eigenkapital schnellstens verbraucht wird. Man sollte überlegen, welche Gebäude man behalten will und braucht und in diese dann die ganzen Gelder investieren.

Nach Ansicht des Bürgermeisters sind die Fraktionsmeinungen sehr unterschiedlich. Die Verwaltung hat die Auffassung vertreten, dass man mittels des Konjunkturpaketes in die Gebäude investieren soll, die bereits da sind und energetisch verbessert werden müssen, also nicht in Neubauten.

Für die UWG-Fraktion bittet Herr Haselhoff um Sanierung der GGS Blumenstraße und der Turnhalle Wupper, jedoch sollten hierbei heimische Handwerkerfirmen berücksichtigt werden.

Herr Klee bittet bezüglich der Sanierung und energetischen Verbesserung der Grundschule Blumenstraße um namentliche Abstimmung.

Der Bürgermeister ruft die Ratsmitglieder namentlich zur Abgabe ihrer Stimme auf

Der Rat der Stadt beschließt aus den im Rahmen des Konjunkturpaketes II bereitgestellten Mitteln die Sanierung und energetische Verbesserung der Gemeinschaftsgrundschule Blumenstraße i.H. v. 520.000 €.

Augst-Hedderich	Ja	Bartholomäus	Nein
Brand	Ja	Busch	Nein
Dummer	Ja	Ebbinghaus	Ja
Eifer	Nein	Enneper	Nein
Fischer	Ja	Greif	Nein
Grüterich	Ja	Haselhoff	Ja
Hebrock	Ja	Huckenbeck	Nein
Jung	Nein	Klee	Ja
Kötter	Ja	Lorenz	Nein

Lunderstädt	Nein	Müller	Ja
Nahrgang	Ja	Nickel	Nein
Nowara	Ja	Dr. Rieger	Ja
Rüggeberg	Ja	Schäfer	Nein
Schlüter	Nein	Schulte	Nein
Stark	Ja	Steinmüller	Ja
Uellenberg	Nein	Verhees	Ja
Dr. Weber	Nein	Widua	Nein
Witasek	Ja	BM Korsten	Ja

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen (12 SPD, 5 USWG, 1 FDP, 1 fraktionslos, 1 BM)
16 Nein-Stimmen (15 CDU, 1 FDP)

Sodann beschließt der Rat der Stadt aus den im Rahmen des Konjunkturpaketes II bereitgestellten Mitteln die Sanierung und energetische Verbesserung der Schulturnhalle Wupper i.H.v. 525.000 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Es liegt noch ein weiterer Antrag zur Schulsanierung vor, den Herr Haselhoff ausführlich erläutert. Damit der eigentliche Effekt des Konjunkturpaketes erzielt wird, sollten Maßnahmen jetzt umgesetzt werden. Er ist froh, dass die Schulleiter hier Möglichkeiten gesehen haben.

Herr Dr. Korsten ist der Ansicht, dass man heute keinen Grundsatzbeschluss fassen kann, weil nicht überschaubar ist, um was es sich im einzelnen handelt und welche Kosten anfallen. Er geht näher auf die vorliegenden Schreiben der Schulen ein und schlägt vor, diesen Antrag für die nächste Sitzung vorzubereiten.

Herr Rüggeberg bittet auch, seinen Antrag in die nächste Sitzung zu verschieben, da Regularien noch nicht bekannt sind und Dinge angefasst werden sollten, die immer nach hinten geschoben werden.

Auch Herr Ebbinghaus erläutert hierzu. Das ein Gebäude instand gehalten wird, ist für ihn selbstverständlich. Wenn man jetzt zusätzliche Mittel erhält, sollte man Dinge in Angriff nehmen, die nachhaltig sind. Die Alternative Liste hatte dies in der Schulausschuss-Sitzung gefordert. Eigentlich sind beide Vorschläge nicht entscheidungsreif. Man wird sicherlich von seiten der Verwaltung eine Liste mit Prioritäten bekommen, über die zu beraten ist.

Der Rat der Stadt vertagt einvernehmlich diese Anträge und bittet um Bericht in der Juni-Sitzung.

14. Jahresabschluss 2008

a) Instandhaltungsrückstellungen

b) Ermächtigungsübertragungen für Auszahlungen für Investitionen

Herr Meskendahl berichtet, dass der Jahresabschluss noch nicht fertiggestellt ist; es zeichnet sich jedoch ab, dass 2008 genau wie 2007 eine Haushaltsverbesserung in Höhe von 1,2 Mio € eintritt. Instandhaltungsrückstellungen sind mit NKF eingeführt worden für unterlassene Instandsetzungen. Er erläutert weiter ausführlich die vorliegenden Listen.

Herr Schäfer bittet, die Listen, die offensichtlich nicht allen Ratsmitgliedern vorliegen, der Niederschrift beizufügen. Dies wird zugesagt.

Für Herrn Ebbinghaus ist das Zahlenmaterial unklar. Für die Straßeninstandhaltung Vogelsmühle sind 23.500 € angesetzt, für Niederdahl/Oberdahl nur die Hälfte. Diese Straße war bereits 3 Mal im Haushalt und ist 3 Mal verschoben worden. Außerdem taucht bei den Berechnungen die Dehnerhofstraße nicht auf.

Es handelt sich nach Aussage von Herrn Meskendahl bei der Dehnerhofstraße um eine beitragspflichtige Maßnahme, die daher nicht in der Liste aufgeführt wird.

Der Rat der Stadt nimmt die beigefügten Listen über die Instandhaltungsrückstellungen des Jahres 2008 sowie die Ermächtigungsübertragungen für Auszahlungen für Investitionen 2008 zur Kenntnis.

15. Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007

Der Bürgermeister erläutert kurz.

Sodann geht Herr Widua auf die Bilanz ein, die im Rechnungsprüfungsausschuss ausführlich diskutiert wurde. Die Bilanz stellte die Verwaltung mit Unterstützung durch die WP-Gesellschaft Rödl & Partner auf. Insgesamt ist festzustellen, dass man sich einstimmig dem Vermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner anschließen könnte, alle Fragen wurde abschließend geklärt. Allerdings wurde laut Mitteilung von Rödl & Partner eine Prüfbereitschaft seitens der Verwaltung nicht immer vorgefunden. Die Verwaltung sollte sich dieser Sache annehmen, da ein organisatorischer Nachholbedarf vorhanden ist.

Auf Frage von Herrn Ebbinghaus, was mit mangelnder Prüfbereitschaft gemeint ist, erklärt Herr Widua, dass er hierüber mit der Firma Rödl & Partner Gespräche führte. Prüfbereitschaft heißt u.a., dass alle erforderlichen Unterlagen vorliegen müssen. Hier gab es jedoch Defizite.

Dem widerspricht Herr Meskendahl. Es liegt keine fehlende Prüfbereitschaft vor. Es ist des Öfteren vorgekommen, dass dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden und man danach monatelang nichts mehr hörte. Man ist dann davon ausgegangen, dass hier alles in Ordnung ist. Wenn dann nach Monaten Rückfragen kommen, kann nicht mit einer sofortigen Beantwortung der evtl. Fragen gerechnet werden. Während der Prüfung durch Rödl & Partner haben sich auch Vorgaben der Aufsichtsbehörden geändert. Von der GPA NW wurden ebenfalls verschiedene neue Anforderungen gestellt, die dann zu Neuberechnungen führten.

Herr Widua ist der Ansicht, dass noch eine Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses einberufen werden sollte. Evtl. kann auch mit Fa. Rödel & Partner gesprochen werden.

Sollten die Fehler beim Wirtschaftsprüfer liegen, weiss man, dass die „Anschuldigungen gegenüber der Verwaltung“ nicht stimmen.

Der Rat der Stadt nimmt den Entwurf des Prüfberichtes der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 zur Kenntnis. Diese muss noch von der Gemeindeprüfungsanstalt geprüft und in der nächsten Ratssitzung zum Beschluss vorgelegt werden.

16. Haushaltssatzung 2009; Haushaltssicherungskonzept 2009 – 2012

Der Bürgermeister trägt vor, dass im Ältestenrat vereinbart wurde, zunächst über die Haushaltsbegleitanträge zu beraten und abzustimmen. Danach sollten zunächst Vorträge der Fraktionen und anschließend die Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden erfolgen, die möglichst 5 Minuten nicht überschreiten sollen. Im Anschluss daran könnte die Abstimmung über den Haushalt erfolgen.

1. Haushaltsbegleitantrag von Herrn Ebbinghaus bezügl. Wupperbrücken Dahlerau

Herr Ebbinghaus beantragt, das Projekt vollständig aus dem Haushalt herauszunehmen und nicht durchzuführen. Bei der verkehrlichen Erschließung des ehemaligen Industriegeländes für Schwerlastverkehr kann man unterschiedlicher Ansicht sein, vor allem, da die Firma, die den größten Schwerlastverkehr hatte, das Gelände inzwischen verlassen hat. Für diesen Bereich ist eine ganz andere verkehrliche Erschließung notwendig, und zwar mittels eines Gesamtkonzeptes. Es handelt sich hier um eine äußerst schwierige Baumaßnahme. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Katastrophe in Köln hin. Die vorgesehene Umleitungsstrecke ist vor mehr als 20 Jahren mit dem Hinweis darauf gesperrt worden, dass diese Straße dem modernen Verkehr nicht mehr gewachsen und der Hang gefährdet ist. Eine der Maßnahmen war, dass man bei der Zuwegung zum Schnellental von Vogelsmühle aus die Leitplanken ca. 1 m in die Straße hineingesetzt hat, um den Hang nicht zu gefährden. Es sollte wirklich darüber nachgedacht werden, ob man diese Maßnahme verantworten und über die damaligen Aussagen leichtfertig hinwegsehen kann. Für den Fall, dass sein Antrag abgelehnt wird, wird er noch einen 2. Antrag stellen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass gestern die telefonische Mitteilung der Kommunalaufsicht des Kreises eingegangen ist, wonach dort der positive Förderbescheid aus dem Ministerium bzw. der Bezirksregierung Köln vorliegt. Die Maßnahme wird demnach mit 60 % der Kosten bezuschusst.

Der Rat der Stadt beschließt auf Antrag von Herrn Ebbinghaus, das Projekt „Neubau bzw. Auflastung der Wupperbrücke Dahlerau“ zu stoppen. Es sollen lediglich notwendige Maßnahmen, die zur Erhaltung der Brücke dienen, durchgeführt und darüber hinaus der Fußweg entsprechend hergerichtet werden.

Sofern eine verkehrliche Erschließung des Wülfingbereiches für den Schwerlastverkehr für unbedingt notwendig erachtet wird, ist eine neue Zufahrt zu erstellen und die in ein verkehrstechnisches Gesamtkonzept einzubetten.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme (fraktionslos)
35 Nein-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 5 UWG, 2 FDP, 1 BM)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Sodann stellt Herr Ebbinghaus folgenden Antrag:

Anders als im Bauausschuss beschlossen, soll während des Abriss/Neubau der Brücken Dahlerau eine Fußgängerbehelfsbrücke gebaut werden.

Herr Lorenz möchte Näheres zur Sicherheit der Fußgänger wissen, da ihm hierzu Informationen fehlen. Das Gleiche gilt für Herrn Schäfer, den außerdem Aussagen über die Umleitungsstrecke interessieren.

Seitens der Verwaltung erklärt Frau Gottlieb, dass sowohl im letzten Bauausschuss, als auch im darauffolgenden AUSTV über mögliche Umleitungsstrecken berichtet worden war. Sie informiert, dass die momentane Planung vorsieht, die Umleitung zweispurig über Schnellental und Grüntaler Str. zur Hardtstr. (L 81) zu führen und die Regelung über zwei Ampelanlagen auf der Strecke erfolgen soll. Morgen wird eine diesbzgl. Begehung des Fachbereichs Soziales und Ordnung mit dem Fachbereich Tiefbau sowie der Polizei stattfinden. Danach wird entschieden, ob die derzeitige Planung der Umleitung durchgeführt werden kann.

Für Herrn Stark stellt sich die Frage, ob es nach bzw. aufgrund dieser Begehung auch andere Ergebnisse geben kann. Evtl. könnte man sich ja doch für die Errichtung der Fußgängerbrücke entscheiden, obwohl der Bauausschuss dies zunächst abgelehnt hat.

Frau Gottlieb führt hierzu aus, dass es die in den Ausschüssen (BA und AUSTV) vorgestellten zwei Alternativen gibt, wobei die der morgigen Begehung sowohl von der Verwaltung als auch von den Ausschüssen favorisiert wird.

Nach Ansicht von Herrn Dummer wird bisher nur diskutiert, wie der Verkehr geleitet werden kann, jedoch nicht über die Sicherheit der Fußgänger einschließlich Schüler gesprochen. Es sollte wirklich über eine Fußgängerbehelfsbrücke nachgedacht werden, da der Weg über Schnellental zu weit ist.

Frau Gottlieb geht auf Aussagen im Bauausschuss ein und verweist darauf, dass bei einer derartigen Baumaßnahme Einschränkungen nicht gänzlich ausgeschlossen werden können, wie z.B. Umwege. Dieses sei u.a., wie z.B. auch die Kosten der Behelfsbrücke, Thema im Bauausschuss gewesen. Der Bauausschuss hat sich der Verwaltungsvorlage angeschlossen und den Bau einer Fußgängerbehelfsbrücke abgelehnt. Sollte sich der Rat jetzt jedoch für eine Fußgängerbehelfsbrücke für den Zeitraum der Baumaßnahme entscheiden, so würde die Verwaltung prüfen, ob diese eventuell ebenso gefördert/bezuschusst wird.

Der Bürgermeister bittet, hierüber nochmals zu beraten.

Die Frage von Herrn Schäfer, ob bei einer evtl. Umleitung über Spieckern ein Transport der Anwohner mit dem Bürgerbus erfolgen kann, beantwortet Frau Gottlieb dahingehend, dass dieses evtl. eine Alternative darstellen könnte.

Frau Gottlieb betont in diesem Zusammenhang noch mal, dass es sich um eine schwierige Baustelle und verkehrliche Anbindung handelt. Wenn bessere Alternativen bestehen würden, so würde man diese natürlich nutzen. Einschränkungen werden – wie bei anderen Baustellen dieser Art auch - jedoch immer in gewisser Weise gegeben sein.

Frau Grüterich teilt mit, dass sie nach Bekanntwerden der Ablehnung der Brücke durch den Bauausschuss etliche Anrufe von Bürgern entgegengenommen hat, die sich hierüber beschwert haben. Außerdem ist es für einen evtl. Notfall schwierig, dass ein Arzt über die Umleitung Schnellental rechtzeitig zum Einsatzort gelangt. Es ist wirklich zu überlegen, den gefassten Beschluss rückgängig zu machen.

Herr Müller berichtet, dass im Bauausschuss erklärt wurde, dass es sich bei der in Rede stehenden Fußgängerbehelfsbrücke nur um eine Notbrücke handelt, über die Behinderte und Eltern mit Kinderwagen nicht fahren bzw. gehen können. Die Kosten, die sich nach Bezuschussung für die Stadt auf ca. 20.000 € belaufen würden, sind sicherlich das kleinste Hindernis.

Frau Gottlieb stimmt Herrn Müller dahingehend zu und gibt zu bedenken, dass die Behelfsbrücke nicht höhengleich mit der vorhandenen Brücke errichtet werden kann. Der vorhandene Höhenunterschied muss mit Treppenanlagen ausgeglichen werden, so dass

diese Notbrücke nicht barrierefrei ausgebildet werden kann. Ein Begehen der Behelfsbrücke für Gehbehinderte, Rollstuhlfahrer und auch Eltern mit Kinderwagen wird daher alleine nicht möglich sein.

Frau Huckenbeck bezieht sich auf die Notbrücke am Bahnhof Remscheid, die auch nicht barrierefrei ist. Für den auf die Stadt hierfür zukommenden Kostenfaktor könne man auch den Bürgerbus nutzen.

Nach Ansicht von Herrn Dummer werden auch ohne Bau der Behelfsbrücke Kosten anfallen. Außerdem fallen während der Bauzeit Parkplätze weg. Die Anwohner müssen also irgendwo parken und die weitläufige Umleitung nutzen. Für ihn ist die „nichtbarrierefreie“ Behelfsbrücke eine Ausrede.

Herr Lorenz bittet, heute zu entscheiden, ob die Fußgängerbehelfsbrücke gebaut werden soll.

Der Rat der Stadt beschließt auf Antrag von Herrn Ebbinghaus, für den Zeitraum des Abriss/Neubau der Brücken Dahlerau eine Fußgängerbehelfsbrücke zu bauen und die Förderfähigkeit dieser Behelfsbrücke zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen (5 CDU, 10 SPD, 5 UWG, 2 FDP, 1 fraktionslos,
1 BM)
2 Nein-Stimmen (CDU)
9 Enthaltungen (7 CDU, 2 SPD)

2. Haushaltsbegleit Antrag von Herrn Ebbinghaus „Loh'sche Weide“

Herr Ebbinghaus begründet seinen Antrag damit, dass der Bebauungsplanentwurf im Hinblick auf ökologische/energetische Aspekte überarbeitet werden muss. Er erinnert daran, dass im Baugebiet Freiligrathstrasse (Fontanestrasse) bereits beschlossene Maßnahmen - wie z.B. ein Blockheizkraftwerk - wieder zurückgenommen worden sind. Seiner Ansicht nach, wäre es sinnvoll, ökologische Aspekte wie z.B. die Nutzung von alternativen Energien im gesamten neuen Baugebiet festzusetzen. Die Bürger wünschen sich naturnahe Bereiche. Hier sollte eine Änderung im Bebauungsplanentwurf vorgenommen werden.

Laut Aussage des Bürgermeisters wurde hierüber bereits im AUSTV ausführlich gesprochen.

Auf Antrag von Herrn Ebbinghaus beauftragt der Rat der Stadt die Verwaltung, im laufenden Kalenderjahr den bestehenden Bebauungsplanentwurf 96 (Loh'sche Weide) ökologisch zu ertüchtigen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme (fraktionslos)
34 Nein-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 4 UWG, 2 FDP, 1 BM)
1 Enthaltung (UWG)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

3. Haushaltsbegleitantrag von Herrn Ebbinghaus „Medienentwicklungskonzept

Herr Ebbinghaus trägt vor und geht darauf ein, dass Rat und Verwaltung eine Verpflichtung haben, die Schulen bezüglich der Medienentwicklung niveaugemäß auszustatten. Im Vergleich mit umliegenden Großstädten hat man hier ein schlecht ausgestattetes Feld, sowohl sachlich als auch personell. Es geht darum, die alten Pläne zu überarbeiten und Fehler auszumerzen.

Auf Antrag von Herrn Ebbinghaus beauftragt der Rat der Stadt die Verwaltung, im laufenden Kalenderjahr das bestehende kommunale Medienentwicklungskonzept fortzuschreiben. Dabei ist nicht nur den veränderten pädagogischen und technischen Bedingungen Rechnung zu tragen, sondern die Mängel des ersten Planes sind zu beheben. Er schlägt vor, hierfür Haushaltsmittel in Höhe von 20.000,-- € bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen (12 SPD, 5 UWG, 1 fraktionslos)
17 Nein-Stimmen (15 CDU, 2 FDP)
1 Enthaltung (BM)

Sodann erfolgen die Statements der Fraktionsvorsitzenden zur Haushaltssatzung 2009 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2009 – 2012.

Da nach diesen Haushaltsreden die CDU- und die FDP-Fraktion sowie Herr Ebbinghaus den Haushalt ablehnen, bittet Herr Haselhoff seitens der UWG-Fraktion um namentliche Abstimmung.

Der Bürgermeister macht deutlich, was eine Ablehnung des Haushaltes für die Stadt Radevormwald bedeuten würde.

Auf Wunsch wird die Sitzung kurz unterbrochen.

Nach Fortsetzung bittet die CDU-Fraktion um geheime Abstimmung zu diesem Punkt.

Verwaltungsseitig wird erklärt, dass bei Anträgen für eine namentliche und eine geheime Abstimmung die geheime Abstimmung vorrangig ist.

Es erfolgt somit eine geheime Abstimmung, deren Auszählung folgendes Ergebnis hat:

19 Nein-Stimmen
16 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Der Haushalt ist somit in der vorliegenden Form abgelehnt.

17. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Der Rat der Stadt nimmt die vorliegende Liste der über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis.

18. Mitteilungen und Fragen

- a) Herr Enneper macht auf die miserable Situation im Wiebachtal, ausgelöst durch Baumfällaktionen etc. aufmerksam. Er hat auch bereits mit dem Landrat Kontakt aufgenommen. Er bittet die Verwaltung, hier dringend tätig zu werden.
- b) Herr Haselhoff bittet, bei der OVAG zu recherchieren, wie hoch die Einsatzkosten des Linientaxis von Radevormwald nach Herkingrade gewesen sind und wer diese Kosten trägt.
- c) Herr Dr. Weber geht auf die Aussage des Bürgermeisters in der Ältestenratssitzung ein, dass die SPD-Fraktion Organschutz beantragt hat, und ein Abstimmungsergebnis der Ratssitzung beanstanden möchte. Er wüsste gerne, ob noch der gleiche Sachverhalt gegeben ist.

Der Bürgermeister erklärt, dass sich die Sachlage nicht verändert hat.